



quergedacht
in Baden-Württemberg



Welchen Platz haben Einwanderer/ innen in unseren Parteien?



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg

Editorial



Quer gedacht

Unsere Städte und Gemeinden zeichnen sich durch zunehmende ethnische und kulturelle Vielfalt aus. In der Politik werden Zugewanderte in Zukunft mit ihrem passiven und aktiven Wahlrecht den Ausgang von Wahlen entscheidend mitbestimmen. Doch beteiligen sie sich damit auch ausreichend an der Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft? Die großen Parteien stehen vor der Herausforderung, das Potenzial dieser Bürger einzubinden. Doch wie offen sind unsere Parteien, Menschen aus anderen Kulturen aufzunehmen und ihnen einen Platz unter ihren Mandatsträgern zu geben? Welche Partizipationsangebote können sie konkret Bürger/innen mit Migrationshintergrund, vor allem der Jugend, anbieten? Diese Fragen wurden auf der 6. Veranstaltung der Reihe „Quer gedacht in Baden-Württemberg“ diskutiert, zu der wir gemeinsam mit dem Deutsch-Türkischen Forum Stuttgart und dem Netzwerk türkeistämmiger Mandatsträger/innen am 5. November 2011 eingeladen hatten.

*Türkan Karakurt,
Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg*

Inhalt

Integrationspolitik	2
Politikverständnis	4
Empfehlungen aus den Foren	5
Podiumsdiskussion	9

Integrationspolitik ist Gesellschaftspolitik

Katja Mast über die SPD als Integrationspartei

Die SPD will mehr Menschen mit Migrationshintergrund an der Politik und damit auch in politischen Gremien beteiligen. „Dabei wollen wir auch Politik mit und für Migrantinnen und Migranten machen“, sagt Katja Mast. Hierzu bekennt sich die SPD Baden-Württemberg als Integrationspartei, sie will dies durch eine Drei-Säulen-Strategie erreichen:

1. Politische Beteiligung verbessern
2. Chancengerechte Bildung durchsetzen – Herkunft darf nicht Schicksal sein
3. Gute Arbeit für alle organisieren

Gabriel, Bundesvorsitzender der SPD, machen die Beteiligung von Mitgliedern mit Migrationshintergrund zur Chefsache. So stieg auf dem SPD-Bundesparteitag Anfang Dezember 2011 zum ersten Mal in der Geschichte der SPD mit Aydan Özoguz eine Genossin mit Migrationshintergrund als stellvertretende Bundesvorsitzende in die enge Führungsriege der SPD auf. In Baden-Württemberg hat es die SPD zum ersten Mal bundesweit geschafft, das Integrationsministerium sozialdemokratisch mit Bilkay Öney zu besetzen.

SPD Baden-Württemberg	gesamt	Frauen	Migrationshintergrund
MdL	35	6 (17 %)	1 (3 %)
MdB	15	8 (53 %)	1 (7 %)
MdEP	2	1 (50 %)	1 (50 %)
SPD Landesvorstand	27	12 (44 %)	5 (19 %)

Quelle: Katja Mast

Um politische Beteiligung geht es bei dieser Tagung. Ziel muss dabei insbesondere die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund durch Mandate und in Gremien der SPD sein. Neben dem politischen Willen ist dabei auch das Wahlrecht entscheidend. Laut Katja Mast lohnt es sich, den Vergleich innerhalb der SPD Baden-Württemberg mit der Beteiligung von Frauen zu ziehen: Laut politischer Absicht müssten sie in Gremien mindestens mit 40 % vertreten sein. Wie die Tabelle zeigt, ist dies nicht überall so. Gründe dafür sind unterschiedliche Wahlverfahren bzw. das Wahlrecht.

Fazit: Die Zahl der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in der SPD mit Migrationshintergrund, aber auch die von Frauen ist für Katja Mast noch zu verbessern.

Die Herausforderung ist jedoch erkannt. Sowohl Nils Schmid, SPD-Parteivorsitzender in Baden-Württemberg, als auch Sigmar



Katja Mast, MdB und Generalsekretärin der SPD Baden-Württemberg



Integration in und durch die Politik: Migrant/innen in Parteien und Parlamenten

Ein Vortrag des Politikwissenschaftlers Dr. Andreas M. Wüst



*Dr. Andreas M. Wüst, Politikwissenschaftler
und Leiter des Referats Integrationsmonitoring
und -forschung im Ministerium für Integration
Baden-Württemberg*

In den letzten beiden Jahrzehnten ist ein steter Zuwachs an Mandatsträger/innen mit Migrationshintergrund in Deutschland zu beobachten. Gab es 1990 lediglich fünf Mandatsträger/innen im Bundestag, den Landtagen und unter den in Deutschland gewählten Europaparlamentarier/innen, so liegt ihre Zahl derzeit bei rund 90. Es sind noch weitaus mehr, wenn man die kommunalen Parlamente miteinbezieht. Aber es gibt ein deutliches Gefälle je nach politischem Lager, denn bei den „bürgerlichen“ Parteien sind es lediglich 19. Die Anteile sind bei den Grünen (11 %) und der Linkspartei (5 %) zwar höher als bei der SPD (4 %), doch haben die So-

zialdemokraten mit 32 Abgeordneten in absoluten Zahlen die meisten Mandatsträger/innen mit Migrationshintergrund. Bei den Grünen sind es 25. Nach Auskünften von einem Dutzend interviewter Abgeordneter mit Migrationshintergrund geht von einer möglichen Kandidatur bei linksgerichteten Parteien ein größerer inhaltlicher Reiz aus als bei CDU oder FDP. Systematische Vergleiche von Listenplätzen auf Landes-ebene ergaben aussichtsreichere Positionierungen der Kandidat/innen mit Migrationshintergrund bei der SPD im Vergleich zur CDU. Insbesondere bei der CDU wurde häufiger über aktive Rekrutierung berichtet. Demnach finden sich auch häufig Quereinsteiger mit Migrationshintergrund bei den „bürgerlichen“ Parteien.

Kandidat/innen mit Migrationshintergrund haben es zunehmend schwerer, von ihren Parteien nominiert zu werden, da es mittlerweile auch mehr Bewerbungen aus ihren Reihen gibt. Zuwanderinnen haben es oft etwas leichter, da sie die „doppelte Quote“ erfüllen: Frau und Migrationshintergrund. Auch im internationalen Vergleich haben Zugewanderte dort größere Chancen auf eine Nominierung, wo viele Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund leben. In Deutschland gibt es allerdings mehr Listen- als Wahlkreisabgeordnete unter ihnen. Ein interessanter Befund aus deutschen Großstädten ist, dass Kandidat/innen mit Migrationshintergrund auch Stimmen von Anhänger/innen anderer Parteien erhalten, während die Unterstützung durch die Wählerschaft der eigenen Partei häufig negativ ausfallen kann. Offenbar wird ihnen von der Bevölkerungsmehrheit ohne Migrationshintergrund zum Teil weniger Vertrauen entgegengebracht.

„Heidelberger Experiment“

Ein kleines Experiment, durchgeführt am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, zeigt, dass die Ablehnung von Kandidat/innen mit Migrationshintergrund zum einen auf einer grundsätzlichen Ablehnung von Zugewanderten beruht, zum anderen jedoch parteispezifisch verstärkt wird. Im Rahmen des Experiments wurde der fiktive Kandidat „Mehmet Yilmaz, 35, Bauingenieur“ über 1000 Befragten vorgestellt. Sie wurden gefragt, ob sie diesen Kandidaten wählen würden. Es stellte sich heraus, dass Mehmet Yilmaz eher von SPD-Anhängern als von CDU-Anhängern gewählt würde, wenn er als Kandidat der eigenen Partei vorgestellt wurde.

Welche Schwerpunkte setzen Mandatsträger/innen mit Migrationshintergrund?

Parlamentarier/innen mit Migrationshintergrund sitzen im Durchschnitt in mehr Ausschüssen als diejenigen ohne Migrationshintergrund (1,4 Ausschüsse zu 1,0). Dies liegt darin begründet, dass sie neben ihrer fach- oder themenspezifischen Arbeit zusätzlich auch in Integrationsausschüssen sitzen, für die Arbeit derer sie sich automatisch und biografisch bedingt zuständig fühlen, aber auch weil ihnen die Parteikolleg/innen hier Kompetenz zuschreiben („da kennst du dich doch gut aus“). Im Parlament stellen sie auch häufiger Anfragen mit Bezug zu Migration und Integration.

Fazit: Politiker/innen mit Migrationshintergrund sind keine Besonderheit mehr und sie werden immer mehr auch in Partei- und Exekutivämtern akzeptiert.

Das Politikverständnis bildungsferner Jugendlicher

Erik Flügge: Soziale Herkunft ist wichtiger als Migrationshintergrund

Aus der Lebenswirklichkeit von Jugendlichen sogenannter bildungsferner Schichten berichtet Erik Flügge. Diese Lebenswelt ist geprägt durch Erfahrungen von Scheitern, Ausgrenzung und dem Erleben von eigenen Defiziten. Auf den ersten Blick scheint diese Lebenswirklichkeit nicht viel mit Politik zu tun zu haben, aber sind diese Jugendlichen deshalb eine verlorene Generation?

Tatsächlich lautet für viele die wichtige Frage: Was ist „in“ und wer ist „in“? Übertragen heißt dies: Wie gelingt soziale Anerkennung? Wem muss ich nacheifern, damit man mich für einen guten, einen spannenden Menschen hält? Und was muss ich besitzen, damit ich jemand sein kann? Die spannende Frage lautet daher: Warum haben diese Jugendlichen solch ein T-Shirt an? Wenn da groß steht „Dolce und Gabbana“, dann heißt das: „Ich bin etwas wert!“

Denn die dauerhafte Erfahrung von Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, im Kontakt mit bürgerlichen Jugendlichen ist die, dass diese nichts mit ihnen zu tun haben wollen. Das war schon im Kindergarten so, und das ist auch in der Jugend so; die anderen wohnen in einem größeren Haus, ihre Eltern fahren größere Autos. Daher muss auf dem T-Shirt stehen: „Ich bin etwas wert!“, als Ersatz für Aufstiegschancen.

An Hiphop- und Rap-Texten kann man



Erik Flügge, Sinus-Institut

ablesen, dass Jugendliche aus bildungsfernen Schichten sich ausgeschlossen fühlen, dass sie nicht teilhaben können. Oftmals entstammen sie Elternhäusern, in denen Mangel an der Tagesordnung ist. Arbeitslosigkeit und Schuldenprobleme sind bestimmende Themen. Wir haben es mit Elternhäusern zu tun, in denen immer wieder Probleme herrschen, in denen oft gestritten wird. Man kann es deshalb auch gut verstehen, dass diese Jugendlichen raus auf die Straße fliehen, denn sie haben keine Orte. Es gibt zu wenige Jugendhäuser für sie und keine Vereine. In jeder Jugendfeuerwehr sind schon bürgerliche Jugendliche, die durch ihre Handlungen

zu sagen scheinen: „Wir wollen euch hier nicht.“

Wenn wir diese Jugendlichen fragen: „Was verstehst du denn unter Politik?“, dann sind sie oft ratlos, wissen nicht viel damit anzufangen, wissen nicht, was sie zum Thema Politik sagen sollen: „Was soll ich jetzt dazu sagen . . . damit habe ich nichts zu tun . . .“

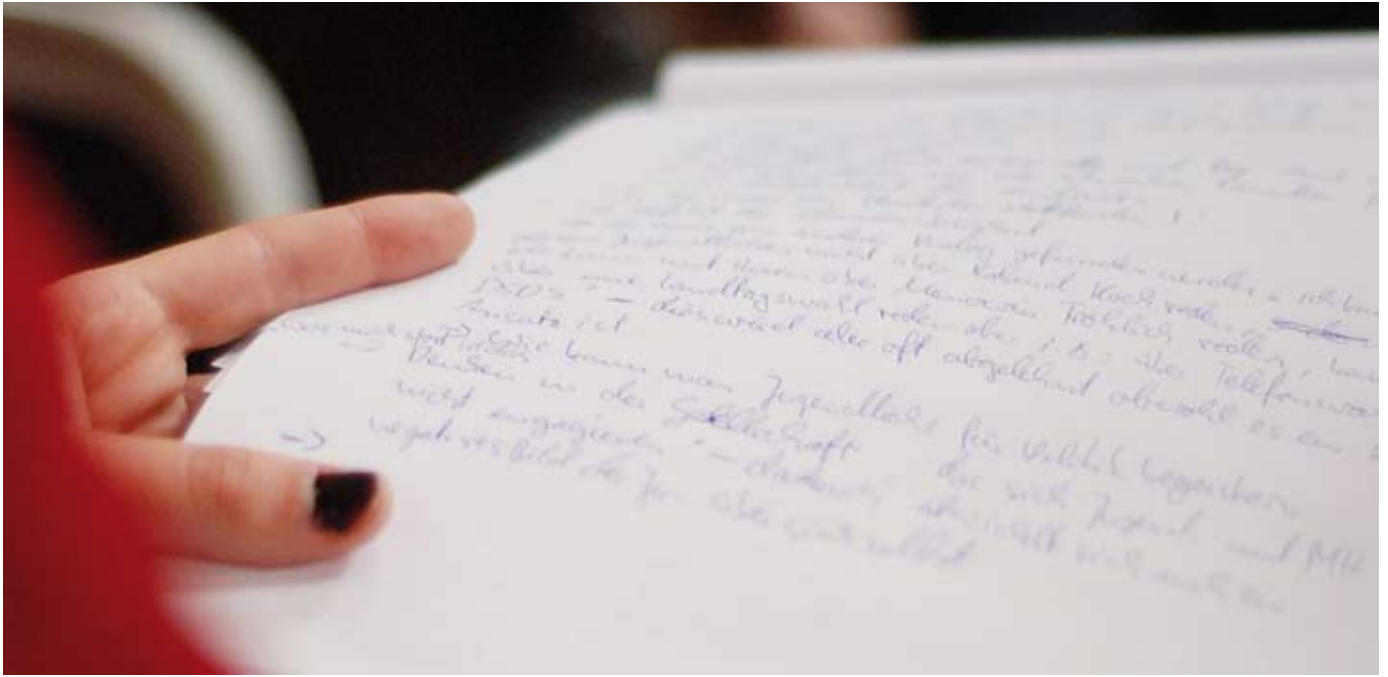
Das ist vor allem der Fall, wenn wir einen engen Politikbegriff anwenden, der voraussetzt, dass man explizit Themen benennen kann und sagen kann, wer denn momentan Politik macht. Oder dass man systematisch die Nachrichten verfolgt, die politische Sprache von politischen Kreisen versteht, dass man eine feste Parteipräferenz ausgebildet hat. Sprich: dass man so tickt und denkt wie diejenigen, die Politik machen.

Flügge: „Das hat viel mit Zuschreibung und Vorurteilen zu tun und mit voreiligen Rückschlüssen, denn wenn ich diese Jugendlichen frage: ‚Was ist denn dein Begriff von Gerechtigkeit, wie soll denn unsere Welt aussehen, was ist denn gut?‘, dann finde ich heraus, dass sie ein ganz großes Interesse an Gerechtigkeitsfragen in unserer Gesellschaft haben, dass sie ihren eigenen Lebensraum gestalten wollen.“

Fazit: Jugendliche aus bildungsfernen Schichten, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, sind nicht per se unpolitisch. Angebote seitens der Politik müssen aber an ihrer Lebenswirklichkeit ansetzen.



Freitag
Welchen Platz haben
Einwanderer/innen in
unseren Parteien?



Empfehlungen aus den Foren

Forum 1: Partizipation versus Parteienverdrossenheit – Wie können Parteien offener für Migrant/innen werden?

Input: Bernhard Kornelius,
Forschungsgruppe Wahlen
Moderation: Türkan Karakurt

Bernhard Kornelius stellt ein paar Ergebnisse aus den Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen vor: 39 % der befragten Zugewanderten geben an, dass sie sich sehr für Politik interessieren gegenüber 51 % der Befragten ohne Migrationshintergrund. Demgegenüber fühlen sich aber 69 % von ihnen sehr gut oder gut informiert (Gesamtwert: 72 %). Die Demokratie halten 58 % derjenigen von ihnen für die beste Staatsform, die bis zu einem Drittel ihrer Lebenszeit in Deutschland verbracht haben. Beträgt die Lebenszeit in Deutschland allerdings bis zu zwei Drittel oder mehr, steigt die Bejahung der Demokratie als wünschenswerte Staats-

form auf rund 70 % und ist in etwa gleich hoch wie der Zustimmungswert der Gesamtbevölkerung. Was die Zufriedenheit mit der Demokratie angeht, so liegen die Werte bei der ersten Gruppe bei 76 % mit einem Drittel Lebenszeit in Deutschland. Sie nehmen ab, je länger die Befragten in Deutschland leben: auf 66 % bei bis zu zwei Drittel Lebenszeit in Deutschland und auf 48 % bei denen, die bereits über zwei Drittel ihrer Lebenszeit in Deutschland verbracht haben. Sie nähern sich dem Gesamtwert aller Befragten an, der bei 55 % liegt. Der Politikverdrossen unter Befragten mit Migrationshintergrund, der mit Hilfe verschiedener Fragen erhoben wurde, liegt leicht unter den allgemeinen Werten. Last but not least: Die Bereitschaft, ein politisches Amt zu übernehmen, liegt bei den Befragten mit und ohne

Migrationshintergrund sehr nah beieinander: 17 % gegenüber 18 % der Befragten bejahen ihre Bereitschaft.

Folgende Empfehlungen werden von den Teilnehmenden des Forums formuliert:

Anerkennungskultur fördern: Eine wichtige Voraussetzung für eine weitere Öffnung der Parteien für Migrant/innen ist eine Anerkennungskultur und Wertschätzung ihrer Biografien.

Aktiv auf Zugewanderte zugehen: Wünschenswert ist in den Augen der Teilnehmenden, dass Vertreter/innen der Parteien auf Migrant/innen zugehen und sie zur aktiven Mitarbeit einladen, sie sozusagen auf dem Weg zur aktiven Teilhabe begleiten. Das kann je nach den Be-

dürfnissen der Migrant/innen sehr unterschiedlich aussehen, von der Förderung spezifischer Kompetenzen bis hin zum aktiven Aufbau von Vertrauen bei Wähler/innen.

Aufgaben und Funktionen übertragen: Von hoher Bedeutung ist die Entscheidung der Parteigremien, Migrant/innen wichtige Ämter und Mandate zu übertragen, denn das hat große Ausstrahlungskraft in die Migrantengemeinschaften wie auch in die Gesellschaft insgesamt.

Allianzen mit Migrantenselbsthilfeor-

ganisationen suchen: Für eine Einbindung von Migrant/innen ist eine aktive Zusammenarbeit mit Migrantenselbsthilfeorganisationen unerlässlich. Allianzen sind in vielen sozialen und politischen Fragen möglich. Zusammenarbeit ist auch sinnvoll mit anderen Organisationen, wie z. B. mit den Jugendgemeinderäten, in denen sehr viele junge Menschen mit Migrationshintergrund aktiv sind und von denen der eine oder die andere den Weg in die Politik finden könnte.

Reelle Chancen einräumen: Die Parteien können all diese Anstrengungen

aber nur wirksam unternehmen, wenn sie Menschen mit Migrationshintergrund „reelle Chancen“ zur Partizipation bieten. Wie im Falle der Gleichstellung von Frauen müssten auch hier entsprechende „Stühle“ bereit gestellt werden, d. h. etwa die Aussicht auf Mandate.

Migrant/innen müssen selbst investieren: Fit zu werden in der deutschen Sprache, Sachkompetenz in inhaltlichen Fragen aufzubauen und Engagement in der Kommunalpolitik zu zeigen sind unabdingbare Voraussetzungen für eine langfristige politische Partizipation.



Forum 2: Wie kann man Jugendliche für Politik begeistern?

Input: Erik Flügge, Sinus-Institut
Moderation: Buleza Emerllahu,
Deutsch-Türkisches Forum Stuttgart

Entgegen der landläufigen Annahme sind Jugendliche nicht unpolitisch. Im Gegen-

teil, viele interessieren sich für politische Themen und es ist längst nicht ausgeschlossen, dass sie sich in Zukunft in einer Partei engagieren werden. Es gibt selbstredend auch Jugendliche, die mit Politik „gar nichts am Hut haben“. Dennoch äü-

bern auch diese, wenn man sie fragt, ihre Meinung und ihre Wünsche, die oftmals politischer Natur sind, auch wenn sie diese nicht als solche charakterisieren würden. Ihr Verhältnis zur Politik und den Politiker/innen ist allerdings oft distanziert.



Wie kann man also diese Gruppe von Jugendlichen für Politik begeistern? Sicher nicht in einer autoritären Art, oder indem man z. B. an eine Hauptschule geht und die Schüler/innen dort auffordert: „Hier kannst du dich politisch einbringen, mach doch mal in diesem oder jenem Projekt mit.“ Es müssen zunächst einmal zwei Formen von Übersetzungen stattfinden: Zum einen muss man die Politik für die jungen Leute übersetzen, wie z. B. in Form von Musik- oder Kunstprojekten oder in Form von Rap. Das sind die heutigen Formen, die viele Jugendliche ansprechen. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, etwas Eigenes daraus zu machen, das ihnen Spaß macht, wo sie ihre Meinung zum Ausdruck bringen können. In dieser Art von Projekten engagieren sich viele Jugendliche aus bildungsfernen Milieus, dort entwickeln sie eigene Ideen. Es geht also darum, dass die Jugendlichen Spaß haben und nicht über Dinge diskutieren, die sie in dieser Form eigentlich gar nicht interessieren, weil sie nicht Teil ihrer Lebenswirklichkeit sind.

Zum anderen müssen die Ergebnisse solcher Projekte, wie Graffitis und Raplieder, wieder rückübersetzt werden in die Sprache der Politik, damit Politiker auch wissen, was diese Jugendlichen aus bildungsfernen Familien eigentlich wollen. Denn momentan findet dieser Dialog nicht statt. Generell soll die Sprache der Politik mehr in die Jugendsprache übersetzt werden, da sie oft zu abstrakt und schwer verständlich ist. Aber es gilt auch, dass man nicht alle Jugendliche gleich motivieren kann.

Im Gegensatz zu Jugendlichen, die aus Akademikerfamilien stammen, kann man von Jugendlichen aus sozial schwachen Milieus nicht die gleichen Arten des Engagements erwarten: Es kann sein, dass sie sich nicht in einer Partei oder einem Verein engagieren wollen. Aber dafür sind sie vielleicht offener, mit einer Gruppe den interkulturellen Dialog zu fördern, wenn die Form für sie passt, z. B. im Rahmen eines Basketball- oder Fußballturniers. Auch das kann politische Partizipation sein und sollte nicht unterschätzt werden.

Die Herausforderung für Vereine und politische Organisationen ist es, herauszufinden, wie die Jugendlichen aus bildungsfernen Familien sich engagieren wollen, um ihnen dann diese Möglichkeiten auch zu bieten und diesen Beitrag anzuerkennen. Nur wenn man ihren Beitrag anerkennt, können sie in einer weiteren Stufe auch in den Dialog mit anderen Formen der politischen Auseinandersetzung treten.

Folgende Empfehlungen werden von den Teilnehmenden des Forums formuliert:

Politik sollte :

- Jugendlichen Raum und Mittel geben, sich mit gesellschaftspolitischen Themen auf ihre eigene Weise auseinanderzusetzen.
- Politische Themen in Musik- und Kunstprojekte „übersetzen“ und den Dialog mit jungen Menschen über diese Medien suchen.
- Die Politikersprache vereinfachen und an konkreten Handlungen vor Ort ausrichten.

Forum 3: Demokratie fängt vor Ort an – Beispiele gelungener Partizipation

Input Ergun Can, Stadtrat Stuttgart
Moderation: Christina Metke, Vorstand
Deutsch-Türkisches Forum Stuttgart

Ausgehend von der Praxis Ergun Cans und seines Engagements vor Ort mit den Menschen und mit ihren alltäglichen Sor-

gen und Wünschen diskutiert die Gruppe über die Bedeutung von Rollenvorbildern, die aktive Politiker/innen mit Migrations-



hintergrund für Kinder und Jugendliche sind. Herr Can besucht öfter Schulklassen, vor allem an Hauptschulen und erzählt den Schülerinnen und Schülern, dass er einst auch Hauptschüler war und dass er nicht aufgegeben hat. Er fordert sie auf, sich für sich selbst und die Gemeinschaft zu engagieren. Er bestärkt sie, indem er ihre Fähigkeiten herausstellt: „Du bringst doch deine Sprache mit, du kannst nicht nur deutsch, sondern auch türkisch, du kennst dich in beiden Kulturen aus.“

Ein „Inländer-Stammtisch“, den er mitinitiiert hat, widmet sich der Frage: „Was können wir machen, um das Miteinander zu fördern und mehr Zugewanderte in die Politik zu bringen?“ Hier wird nicht über, sondern mit den Migrant/innen diskutiert. Dabei erfährt man, was die Menschen bewegt und was ihnen Sorgen macht. In regelmäßigen Abständen und an verschiedenen Lokalitäten werden Interes-

sierte zur Auseinandersetzung mit Themen wie Arbeit, Pflege, Finanzen, Bildung und vieles mehr eingeladen.

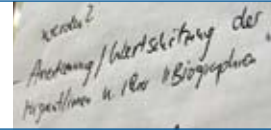
Wichtig ist für Ergun Can immer, dass er sich mit anderen Mandatsträger/innen austauschen kann. Das „Netzwerk türkistämmiger Mandatsträger/innen“ bietet ein wichtiges Forum und nimmt eine Brückenfunktion wahr. Es ist der erste parteiübergreifende, offene Zusammenschluss von inzwischen über 80 aktiven Mitgliedern der Kommunal- und Landesparlamente in Deutschland, des Bundestages und des Europäischen Parlaments. Es bietet die Möglichkeit, über die Parteigrenzen hinausreichende Erfahrungen auszutauschen, integrationspolitisch relevante Fragen zu diskutieren, eigene Positionen zu formulieren und Vorschläge zur Verbesserung der Integration aller in der Bundesrepublik lebenden Migrant/innen zu entwickeln.

Die Teilnehmenden dieses Forums formulieren folgende Empfehlungen:

Sprachförderung im Kindergarten: Kinder mit Migrationshintergrund dürfen bei Schulbeginn keine Sprachdefizite mitbringen. Das ist die erste Bedingung dafür, dass sie erfolgreichere Bildungswege haben.

Zugehörigkeitsgefühl stärken: Der Kindergarten ist die erste zentrale Einrichtung, die ein Gefühl der Zugehörigkeit schaffen muss.

Einbindung in Vereine und andere lokale Strukturen fördern: Sowohl Alteingesessene wie auch Zugewanderte sollten sich in Vereinen, Gewerkschaften und anderen lokalen Strukturen engagieren, denn diese Mitarbeit ist der Beginn eines Engagements, das in die Politik



führen kann. Dafür sollten politisch Aktive unermüdlich in der Migrantenjugend werben.

Gemischte Stammtische, gemischte Schulklassen und gemischte Wohnviertel einrichten: Gemischte Gremien und Foren sind die Voraussetzung für ein funktionierendes, multiethnisches Gemeinwesen.

Positive Nachrichten und positive Beispiele von Migrantinnen und Migranten bekannt machen: Migrant/innen dürfen nicht immer nur auf ihre Herkunft beschränkt wahrgenommen werden,

denn sie sind auch Fachkräfte, die in den Firmen vor Ort tätig sind, sie zahlen Steuern wie alle anderen und wirken als Aktive im Gemeinwesen mit. Nur so kann die deutsche Gesellschaft erkennen, dass die Migrantinnen und Migranten ihren Lebensmittelpunkt hier in Deutschland aufgebaut haben.

Internationale Ausschüsse in den Kommunen einrichten: Hier ist der „Internationale Ausschuss“ der Stadt Stuttgart Vorbild, der Empfehlungen zu verschiedenen Fragen des Miteinanders und der Gleichstellung ausarbeitet.

Netzwerke einrichten und ausbauen wie z. B. das „Netzwerk türkeistämmiger Mandatsträger/innen“.

Kooperationen mit Migrantenvereinen auf eine kontinuierliche Basis stellen: Es ist wichtig, nicht nur kurz vor den Wahlen auf die Organisationen zuzugehen, sondern sie in die innenpolitische Arbeit langfristig einzubinden. Das gibt den Menschen das Gefühl der Zugehörigkeit. Ebenso wichtig ist aber, dass sich die Migrant/innen in den vorhandenen und funktionierenden Strukturen organisieren. Dafür müssen die Strukturen für „Neu-Bürger“ offen und gemischt sein.

Podium: Theorie trifft Praxis

Unter Leitung von Anna Koktsidou, SWR, diskutieren Politiker und Politikerinnen mit Migrationshintergrund über ihren persönlichen Weg, der sie in die unterschiedlichen politischen Parteien geführt hat. Was Migrant/innen mitbringen müssen, um Erfolg in der Politik zu haben und was Parteien tun sollten, um attraktiver für diese Menschen zu werden, ist ebenfalls Gegenstand der Reflexionen.



Muhterem Aras, Mitglied im Landtag Baden-Württemberg

Zunächst war Muhterem Aras in türkischen politischen Organisationen engagiert. Als es an verschiedenen Orten in der Bundesrepublik aber zu gewaltsamen Ausschreitungen gegenüber Migranten kam, wuchs in ihr die Erkenntnis: „Ich lebe in Stuttgart und hier gibt es viel zu tun.“ Sie trat daher 1992 den Grünen bei, um sich vor Ort für ein besseres Miteinander zu engagieren. Sie fing ganz unten in der Partei an, verteilte Flugblätter und arbeitete im Ortsverein mit.

Von 1999 bis 2011 war sie Stadtätin für die Grünen im Stuttgarter Gemeinde-

rat, ab 2007 Fraktionsvorsitzende. Bei den Landtagswahlen 2011 erhielt sie mit 42,5 % der Stimmen ein Direktmandat und wurde zur „Grünen Stimmenkönigin“.

Was sie für ganz wichtig hält und anderen mit auf den Weg geben möchte: das eigene Fachinteresse nicht aus den Augen zu verlieren. Mit ihrem beruflichen Hintergrund als Wirtschaftswissenschaftlerin und Inhaberin einer Steuerberatungsfirma hat sie es zur finanzpolitischen Sprecherin ihrer Fraktion gebracht. Ein wichtiges Amt, vor allem, wenn man sich wie Muhterem Aras auch für Bildungs- und Integrationspolitik einsetzt, denn dann „weiß man, wo wieviel Geld wofür gebraucht wird“.



Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Der Weg zum Bundestagsabgeordneten war für Josip Juratovic nicht immer leicht.

Zur ersten Generation gehörig, kam er als Jugendlicher nach Deutschland. Für den Eintritt in eine Partei 1982 hat ihn das Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt bewegt. So ging er in der Mannheimer Fußgängerzone auf den SPD Infostand zu und fragte die erste Person, die er dort antraf, „ob sie auch Ausländer aufnehmen würden“. Die Frau schaute ihn ratlos an und sagte, sie wisse es auch nicht und fragte eine andere Person am Stand. Der sagte dann „ist in Ordnung, geht schon“ und so wurde er Mitglied in der SPD. Jahre später eroberte er – gegen die Empfehlung der Findungskommission, die seine Kandidatur für nicht erfolgversprechend hielt – mit Hilfe seiner Basis und der Jusos einen Listenplatz für die Bundestagswahlen. Seit 2005 sitzt er im Deutschen Bundestag. Dass es für Migrant/innen nicht einfach ist, Karriere in der Politik zu machen, ist für Josip Juratovic eine Tatsache, denn eine Partei ist zunächst einmal wie ein Verein, wo jeder gern gesehen ist, der mitmachen

will. Es wird naturgemäß schwieriger, wenn es darum geht, Positionen zu verteilen. Dennoch: Inzwischen gibt es schon 20 Abgeordnete mit Migrationshintergrund im Deutschen Bundestag.

Anderen Migrant/innen, die sich parteipolitisch engagieren wollen, möchte Josip Juratovic folgendes mit auf den Weg geben: Entscheidend sind das Beherrschen der deutschen Sprache, ein offenes Zugehen auf die Menschen sowie die Entwicklung von Ideen, die andere Menschen zum Engagement motivieren können. Bei Kandidaturen ist es wichtig, ein eigenes politisches Profil zu zeigen, das mit dem Namen verbunden werden kann. Dabei soll das eben nicht nur der Migrationshintergrund sein, sondern eine thematische Spezialisierung. Für Josip Juratovic ist dies immer das Thema Arbeit und Soziales, denn als gelernter Kfz-Mechaniker und ehemaliger Arbeiter bei Audi kann er sehr glaubhaft die Interessen der Arbeitnehmer/innen vertreten.

Ergun Can, Stadtrat in Stuttgart

Der Stuttgarter Stadtrat und Ortsvereinsvorsitzender der SPD Degerloch, Ergun Can, hat zunächst die Hauptschule absolviert und auf dem zweiten Bildungsweg noch ein Studium gemacht, das er als Diplom-Ingenieur abschloss. Auch für ihn war das Misstrauensvotum gegen Schmidt ausschlaggebend in die SPD einzutreten. Aber erst nach dem Studium und dem Umzug nach Stuttgart wurde Ergun Can aktiv in der Parteipolitik. 2004 erfolgte seine erste Kandidatur für den Stuttgarter Gemeinderat, da speziell nach jemandem mit Migrationshintergrund gesucht wurde. Er war dann zunächst Bezirksrat.

Ergun Can ist der Ansicht, dass Personen mit Migrationshintergrund an verschiedenen Stellen und Funktionen der Politik mit ganz unterschiedlichen The-

men vertreten sein sollen. Auf der anderen Seite sollen sich auch Mandatsträger/innen ohne Migrationshintergrund mit der Integrationspolitik auseinandersetzen. Trotzdem bleibt diese für ihn Herzensangelegenheit, in der er sich gern engagiert.

Ergun Can freut sich, dass sich etwas in der Politik bewegt, dass auch immer mehr Personen mit Migrationshintergrund in Spitzenpositionen vertreten sind. Wichtig ist, dass die Mandatsträger/innen vor Ort verankert sind. „Leider gehen immer noch nur sehr wenige Migranten zur Wahl, gerade einmal 12 %, da ist es die Aufgabe der Parteien, Signale zu setzen und etwas bei der Aufstellung ihrer Kandidaten auf den Listen zu tun.“

Er selbst wollte sich damals für den Gemeinderat nur aufstellen lassen, wenn er einen aussichtsreichen Listenplatz erhielt. Denn für Kandidat/innen mit ausländisch



klingenden Namen ist es nicht selbstverständlich, gewählt zu werden. Daher brauchen sie die Rückendeckung durch die Partei, die damit signalisiert, dass diese/r Kandidat/in ihr Vertrauen genießt.



Stella Kirgiane-Efremidis, Stadträtin in Weinheim

Noch als griechische Staatsangehörige ohne deutschen Pass wurde Stella Kirgiane-Efremidis 1999 in den Gemeinderat von Weinheim gewählt. Heute ist sie immer noch Stadträtin, seit 2004 auch stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat und Mitglied im Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg. Das Vorankommen in der Partei war nicht einfach für Stella Kirgiane. Häufig hatte sie das Gefühl, den eigenen Standpunkt mehrfach wiederholen zu müssen, damit er gehört wurde. „Wenn man dann noch eine Frau ist, muss man sich nicht zweimal sondern dreimal mehr anstrengen“, sagt Frau Kirgiane-Efremidis. In die Politik ist die dreifache Mutter über die Bildungsarbeit vor Ort gekommen. Sie war aber auch in vielen anderen Bereichen

aktiv, als freie Mitarbeiterin in regionalen Medien, im Stadtteilverein und als Vorsitzende des Koordinationskreises Integration in Weinheim.

„Von den Parteien wird es so gesehen, dass Integrationspolitik doch diejenigen machen sollen, die sich damit auskennen, also die Migranten.“ Für sie lief das aber eigentlich immer so nebenher, weil es auch ein Teil von vielen anderen Themen, wie z. B. der Bildungspolitik oder der Europapolitik ist.

Deshalb rät sie Personen mit Migrationshintergrund davon ab, sich nur in der Integrationspolitik zu engagieren, weil man dann schnell in eine Schublade gesteckt wird. Auch Migrant/innen, die „nur“ in den eigenen Kulturvereinen aktiv sind, werden von den deutschen Organisationen nicht wahrgenommen. Deshalb ist eine Öffnung für die gesamte Gesellschaft wichtig.

Robin Yalcin, Mitglied in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte

Seit 2011 sitzt Robin Yalcin als einer der jüngsten Mandatsträger für die CDU in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, einem Stadtteil von Hamburg, der einen sehr hohen Anteil an Zugewanderten hat und durch hohe Arbeitslosigkeit und soziale Probleme geprägt ist. Der Ingenieur Robin Yalcin ist vor diesem Hintergrund in die Hamburger CDU eingetreten um „Wirtschaftliches und Soziales zusammenzubringen“. Sein Engagement rühre daher, dass er etwas für die Gesellschaft tun wolle und Politik sei seine Art zu zeigen: „Ich bin für euch da“. Im Ortsverein Hamburg-Mitte hat er sich schnell

nach oben gearbeitet, denn er bringt die nötigen Kompetenzen mit. Er ist bereits Mitglied im CDU-Kreisverband Hamburg Mitte.

Personen mit Migrationshintergrund möchte Robin Yalcin dazu ermutigen, sich an Wahlen zu beteiligen, denn auch sie tragen Verantwortung dafür, wie Politik in diesem Land gestaltet wird und wie es den Bürgerinnen und Bürgern geht. Aber auch die Politiker/innen – mit und ohne Migrationshintergrund – müssen in den Stadtteilen vor Ort präsent sein. Nur so können sie zeigen, dass sie die Nöte der Menschen ernst nehmen und dafür sorgen, dass die Politik Lösungen erarbeitet. Das ist das beste Mittel gegen Politikverdrossenheit.



Impressum: Quer gedacht „Welchen Platz haben Einwanderer/innen in unseren Parteien“ Dezember 2011

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung/Fritz-Erler-Forum, Dr. Sabine Fandrych (v. i. S. d. P.), **Redaktion:** Türkan Karakurt,

Fotos: PHOTO © European Union (Titel), Cornelius Klingel, **Layout:** Daniela Kieser, **Druck:** Sattig & Hipp GmbH

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg

Werastraße 24, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711 24 83 94-47
Telefax: 0711 24 83 94-50
info.stuttgart@fes.de
www.fritz-erler-forum.de

